



CDU KREISVERBAND
HEILBRONN

Antragssammlung

Allgemeine Anträge (A)

KREISPARTEITAG
21. Mai 2022
Flein

ANTRAG A1 VERLÄNGERUNG DER KERNKRAFT	ANTRAGSTELLER: MIT-KREISVERBAND HEILBRONN
<p>Der CDU KV Heilbronn spricht sich für die Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 bis zum Jahr 2032 aus.</p>	
<p>Begründung:</p> <p>Der Ukraine-Krieg zeigt, dass es dringend notwendig ist die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zu beenden. Gleichzeitig kann die Klimawende nicht gelingen, wenn fehlende Öl und Gasmengen mit Kohle ersetzt werden. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien kann in den nächsten Jahren russisches Öl und Gas nicht vollständig ersetzen. Eine Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke in Deutschland hilft der CO2-Bilanz und wird auch von der europäischen Union als klimafreundliche Brückentechnologie unterstützt. Um die Kernkraftwerke weiter am Netz halten zu können brauchen die Betreiber Planungssicherheit für ihre Investitionen. Außerdem brauchen hochspezialisierte Arbeitnehmer eine Perspektive für einen sicheren Arbeitsplatz. Sind die Kernkraftwerke abgeschaltet geht auch das Know-How verloren.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>

ANTRAG A2 ABSCHAFFUNG DES NEGATIVZINSES BEI DER EZB	ANTRAGSTELLER: MIT-KREISVERBAND HEILBRONN
<p>Der CDU Kreisverband Heilbronn fordert die Europäische Zentralbank (EZB) auf, die Negativzinsen für Einlagen von Banken sofort abzuschaffen. Anschließend geht der Appell an alle Banken und Sparkassen ebenfalls auf negative Einlagenzinsen zu verzichten.</p>	
<p>Begründung:</p> <p>Inflation entwertet die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger in einem Tempo, dass wir seit 1950 in Deutschland nicht erlebt haben. Mit den Negativzinsen entwertet die EZB die Sparguthaben darüber hinaus und „befeuert“ die Inflation, indem sie Banken zu aggressiver Kreditvergabe zwingt. Die EZB ist der Geldwertstabilität verpflichtet und sollte sich schnell an diese Verpflichtung zurückerinnern.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>

Die CDU KV Heilbronn fordert die Bundesregierung auf, ein Gesamtkonzept vorzulegen, um Deutschland und Europa gegen Krisen im internationalen Warenverkehr resilient zu machen. Dabei ist darauf zu achten, dass Europa nicht von internationalen Lieferketten abgekoppelt wird. In dem Konzept müssen strategische Waren und Rohstoffe definiert werden (z.B. Medizinprodukte). Insgesamt sind für drei Kernpunkte Maßnahmen zu definieren.

1. Liefernetze müssen breiter aufgestellt werden, ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung muss auch innerhalb der Europäischen Union stattfinden. Dies muss durch die öffentliche Hand bei Ausschreibungen berücksichtigt werden.
2. Recycling von Wertstoffen ist mit einer Initiative zur Rohstoffwende auszubauen und zu fördern
3. Die Lagerhaltung muss ausgebaut werden. Dies gilt für strategische Reserven und für Vorprodukte in Unternehmen.

Begründung:

Die Corona-Krise und der Ukraine Krieg haben deutlichgemacht, dass sich Europa dringend von internationalen Lieferketten unabhängiger machen muss. Dies gilt für Rohstoffe wie Öl und Gas ebenso wie für medizinische (Vor-)Produkte als auch für Halbleiter und Agrarprodukte. Insbesondere bei Rohstoffen, die in Europa nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, ist darauf zu achten, dass die Liefernetzte breit diversifiziert werden und durch strategische Lagerhaltung zeitlich befristete Teilautonomie erreicht werden kann. Bei strategischen Produkten wie bei Halbleitern müssen Produktionskapazitäten und Know-How sichergestellt werden. Dies kann durch Auflagen ebenso erreicht werden wie durch Vorteile bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren. Diese Maßnahmen dürfen nicht zu einer Politik der Isolation führen, sondern sollen helfen die Krisenresilienz der europäischen Volkswirtschaft zu erhöhen, ohne die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung aufs Spiel zu setzen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT

Anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas und dem Krieg in der Ukraine wird deutlich, dass Europa gemeinsame Streitkräfte sowohl braucht als es auch zu einem großen Teil wünscht. Da es uns allerdings widerstrebt, die Entscheidungen über Krieg und Frieden den nicht öffentlich tagenden Regierungen der Europäischen Union zu überlassen, fordern wir in Wiederholung unseres Grundsatzprogrammes von 1978 die Schaffung eines Europäischen Bundesstaates. Allein dadurch kann eine europäische Verteidigungsfähigkeit (natürlich bevorzugt in Kooperation mit den USA) mit demokratischer Kontrolle verbunden werden.

Begründung:

Wie es bereits vom Europäischen Parlament bemängelt wurde, stehen die Regierungen der europäischen Staaten aktuell einer Änderung der Europäischen Verträge im Nachgang der Konferenz zur Zukunft Europas zumindest skeptisch gegenüber. Dabei wurde sie von ihnen als eine Mischung zwischen Bürgerbefragung und Bürgerkonventen überhaupt erst ins Leben gerufen.

Zudem wurde nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine deutlich, was schon vorher bekannt war, aber als irrelevant betrachtet wurde: Europa und insbesondere Deutschland sind nicht mehr zur Selbstverteidigung fähig. Dies wurde schon seit langem den USA kritisiert, unter Trump besonders offen und undiplomatisch. Da die Ressourcen der USA weder unbeschränkt sind noch Europa für sie ewig von immenser Bedeutung sein wird, ist die Selbstverteidigungsfähigkeit mittelfristig unabdingbar, um unsere Lebensweise zu erhalten.

Aus demokratischer Sicht ist es undenkbar, dass die Streitkräfte eines Staates ohne seine Zustimmung Einsatz finden. Auf der anderen Seite kann ein modernes Militär nicht einfach Teile seiner Einsatzkräfte auf Grund rechtlicher Erwägungen unberücksichtigt lassen.

Folglich ist eine Selbstverteidigungsfähigkeit Deutschlands nur im Rahmen Europäischer Streitkräfte möglich (wie bereits in den frühen 1950er Jahren versucht). Gemeinsame Streitkräfte sind jedoch nur mit gemeinsamer Staatlichkeit möglich, am Besten in der Form eines europäischen Bundesstaates.

Da die Ampelkoalition schlecht im Umsetzen von Zusagen ist, beispielsweise sei die Impfpflicht genannt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie die Forderung eines Europäischen Bundesstaates aus ihrem Koalitionsvertrag voranbringen werden.

Die Union als Europapartei wird auch hier vorangehen müssen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT

ANTRAG A5 SONDERVERMÖGEN BUNDESWEHR	ANTRAGSTELLER: JUNGE UNION KREISVERBAND HEILBRONN
<p>Das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro soll sich auf die Beschaffung von Ausrüstung für Bundeswehr beschränken. Hauptaugenmerk sollte auf der Beschaffung von Munition liegen. Schon seit Jahren wird moniert, dass die Bundeswehr nur über Munition für wenige Einsatztage verfügt. Des Weiteren sollte der Fokus auf der persönlichen Ausrüstung der Soldaten liegen. Warme Unterwäsche, Schutzwesten, gutes Schuhwerk und Trainingsausrüstung sollten nicht das Privatvergnügen unserer Soldaten sein, sondern von der Bundeswehr in ausreichendem Maße auch für den Fall einer Mobilisierung vorgehalten werden. Von den Restbeträgen kann dann das bestehende Großgerät aufgestockt werden. Eine gemeinsame europäische Beschaffung ist anzustreben, um niedrigere Kosten mit einem unbürokratischeren und schnelleren Beschaffungswesen zu erreichen. Im Gegenzug darf nicht der aktuelle Verteidigungshaushalt reduziert werden, sondern es soll das 2% Ziel eingehalten werden.</p>	
<p>Begründung:</p> <p>Rüstungsprojekte, die meist Jahrzehnte für die Umsetzung benötigen, wie aktuell von der FDP vorgeschlagen über das Sondervermögen zu finanzieren, widerspricht dem kurzfristigen Charakter des Sondervermögens, dass die Ausstattung der Bundeswehr auf Vordermann bringen soll. Beispielsweise soll FCAS, das in der Bewicklung befindliche Flugkampfsystem zusammen mit Frankreich, ab etwa 2040 einsatzfähig sein. Hier ist kein Sondercharakter erkennbar.</p> <p>Eine Personalaufstockung des Auswärtiges Amtes mag für mehr weltweite Sicherheit sorgen, aber auch sie sollte nicht über ein Sondervermögen finanziert werden, sondern über den aktuellen Haushalt.</p> <p>Summa summarum sollte das Sondervermögen für die Korrektur der Versäumnisse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte verwendet werden und nicht für die Auslagerung von Ausgaben aus dem regulären Bundeshaushalt.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>

ANTRAG A6 JUGENDFÖRDERPLATZ	ANTRAGSTELLER: JUNGE UNION KREISVERBAND HEILBRONN
<p>Bei den anstehenden Kommunalwahlen sollen die CDU-Gemeinde- und Stadtverbände geeignete, junge Kandidaten gezielt und entschlossen bei der Wahl auf vordere Listenplätze unterstützen. Als ein vorderer Listenplatz gilt, abhängig von der Größe der aufzustellenden Liste, ein Platz zwischen Top 1 und Top 5. Insbesondere bei der Aufstellung der Wahlvorschläge in den Kreistagswahlbezirken und in Landkreiskommunen soll ein Platz in den Top 3 angestrebt werden.</p>	
<p>Begründung:</p> <p>Wir als Junge Union wollen uns in den kommenden Monaten aktiv in den Kandidatenfindungsprozess einbringen. Hierdurch wollen wir geeignete junge Kandidaten für die 2024 anstehenden Kommunalwahlen gewinnen. Die Bereitschaft junger Kandidaten, sich für ihren Heimatort auch in kommunalen Gremien einzusetzen, soll bei der Listenaufstellung durch aussichtsreiche Listenplätze honoriert werden. Ein Listenplatz unter den Top 3 und ein aktives Einbringen in den Kommunalwahlkampf erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass junge Kandidaten in Gemeinderäte und den Kreistag einziehen, deutlich.</p> <p>Bereits seit vielen Jahren hat sich unter anderem der CDU-Stadtverband Heilbronn dazu entschieden, junge Kandidaten durch einen vorderen Listenplatz gezielt zu fördern. An diese erfolgreiche Praxis wollen wir anknüpfen und dadurch unser gemeinsames Ziel, unsere Listen möglichst breit aufzustellen, fördern.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p> <p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p>